Römische Katholiken und Christenräte

VON BASIL MEEKING*

Was sich auf der im Juni 1971 vom Ökumenischen Rat der Kirchen durchgeführten Weltkonsultation für Christenräte sehr deutlich abzeichnete, war die erstaunliche Vielfalt der schon vorhandenen konziliaren Formen.

Freilich stößt man auf eine fast ebenso große Vielfalt, wenn man die römisch-katholischen Standpunkte hinsichtlich der Christenräte untersucht. Da kann man eine Antwort wie die von Msgr. Bernard Law erhalten, dem ehemaligen Geschäftsführer der Kommission für ökumenische und interreligiöse Angelegenheiten der Bischofskonferenz der USA:

„Das kommende Jahrzehnt wird die allgemeine konziliare Krise nicht zum Besseren wenden. Das Modell des Rates, ob auf nationaler oder universaler Ebene, dürfte von ihr schon betroffen sein. Die Katholische Kirche wird, wenn das Jahr 1984 anbricht, weder dem Ökumenischen Rat der Kirchen noch dem Nationalen Christenrat der USA beigetreten sein¹.“

Oder man hört etwa die Auffassung von Frater Richard Rousseau SJ, der zum Stab der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung des Nationalen Christenrates der USA gehört:

„Ich wage die Behauptung zu äußern, daß sich ohne einen gut funktionierenden Rat der Kirchen oder ein ihm entsprechendes Gremium eine regionale Kirche auf der Basis einer echten Ekklesiologie nicht verwirklichen läßt².“

Das sind zugegebenermaßen extreme Positionen. Es muß festgestellt werden, daß die Haltung der römisch-katholischen Kirche, die sich zwischen diesen beiden Polen bewegt, in den letzten fünf Jahren immer positiver wurde. Es gibt eine kleine, aber doch eindrucksvolle Zahl von Fällen, wo Bischofskonferenzen oder einzelne Diözesen kontinentalen, nationalen oder regionalen Christenräten beigetreten sind. Bemerkenswert häufig arbeitet die römisch-katholische Kirche in der einen oder anderen Weise in Christenräten mit und beteiligt sich an deren Vorhaben.

Für die internationale Ebene gilt weiterhin, daß die römisch-katholische Haltung seit dem Ökumenischen Direktorium 1967 (Teil I) nicht näher präzisiert wurde. Das Direktorium weist die ökumenischen Kommissionen der einzelnen

* Pater Basil Meeking gehört dem Sekretariat zur Förderung der christlichen Einheit im Vatikan an; sein besonderes Interesse gilt dem Verhältnis der römisch-katholischen Kirche zu den Christenräten.

Bischofskonferenzen an, daß „der Dialog und die Konsultationen, die mit den leitenden Behörden und Ökumenischen Räten der getrennten Kirchen oder Gemeinschaften, die über die Grenze der einzelnen Bistümer hinausreichen, aber innerhalb ein und derselben Nation oder ein und desselben Gebietes bestehen, eröffnet werden sollen“. Soweit man von einer offiziellen römisch-katholischen Haltung sprechen kann, hat sie hier ihren Ausdruck gefunden.

Die Bemühungen auf verschiedenen Ebenen der römisch-katholischen Kirche, die jeweiligen Standpunkte hinsichtlich der Christenräte zu erfassen, lassen vor allem eine Haltung mit zunehmender Häufigkeit erkennen: Die Räte sollen nicht allein und ausschließlich die Frage lösen, wie sich die Zusammenarbeit auf lokaler, nationaler und kontinentaler Ebene institutionell äußern kann. Eine Anzahl von Faktoren unterstreicht die Richtigkeit dieses Gedankens. Man könnte mit Nachdruck die Wirkungslosigkeit verschiedener Räte anführen, die — weit davon entfernt, ökumenische Aktivitäten anzuregen oder ihnen eine Leitlinie zu geben — für die Kirchenführer auf Ortsebene als eine Art Feigenblatt dienen, selbst nichts mehr unternehmen zu müssen, da ja „alles, was die Ökumene betrifft, schon vom Rat wahrgenommen wird“. Die zu hochgeschraubten ekklesiologischen Forderungen, die glücklicherweise nur von sehr wenigen erhoben werden, helfen auch nicht weiter.

Aber wenn diese Dinge einmal ausgesprochen sind, muß man auch zugeben, daß die Existenz von Christenräten in der ganzen Welt sowohl eine Einladung als auch eine Herausforderung an die römisch-katholische Kirche darstellt. An immer mehr Orten arbeitet die römisch-katholische Kirche mit einem Christenrat zusammen und erwägt sogar eine mögliche Mitgliedschaft, weil trotz der gegenwärtig eher düsteren Aussichten für die Ökumene in katholischen Kreisen der tiefe und ernsthafte Wunsch danach besteht, die zwischen ihnen und anderen Christen schon vorhandene Einheit auf lokaler Ebene zum Ausdruck zu bringen, sie zu vertiefen und zu vervollkommen. Deshalb wirft die Existenz eines Rates für Katholiken sofort die Frage auf: Sollen wir uns auf diese Form der Zusammenarbeit und des gemeinsamen Bemühens einlassen, anstatt damit zu beginnen, irgendeine andere institutionelle Form zu konzipieren, die unser wirkliches, aber bis jetzt noch unvollkommenes Verhältnis zueinander darstellt?

Ich möchte das Problem gern aus dem Blickwinkel einer Situation betrachten, die mir selbst aus erster Hand bekannt ist: Neuseeland. Als dort im Jahre 1941 der National Council of Churches (NCC) entstand, hielten ihn die Katholiken im Blick auf sich selbst weder für interessant noch in praktischer Hinsicht für bedeutsam, und diese Einstellung änderte sich im Laufe von über zwanzig Jahren nicht wesentlich.

Als dann aber der Wandel eintrat, vollzog er sich recht schnell. Im Jahre 1967 wurde ein Gemeinsamer Arbeitsausschuß zwischen eben jenem NCC und

der römisch-katholischen Kirche in Neuseeland eingesetzt. Ende des Jahres 1969 wurde eine Erklärung veröffentlicht, die sowohl vom NCC als auch von der Katholischen Bischofskonferenz akzeptiert werden konnte. Sie lautet:

1. Es scheint kein theologischer Grund vorzuliegen, der die Katholische Kirche daran hindern könnte, um die Mitgliedschaft im NCC nachzusuchen.
2. Zwar bedarf die Satzung des NCC an verschiedenen Punkten noch einer Verbesserung, aber es erscheint nicht notwendig, daß dem katholischen Beitrittsgesuch eine grundsätzliche Änderung der Satzung vorausgehen muß.
3. Ob die römisch-katholische Kirche einmal die Mitgliedschaft im NCC beantragt, hängt von anderen Faktoren ab, die pastoraler, sozialer und psychologischer Art sind.
4. Noch ist die Zeit für einen solchen Schritt nicht reif.
5. Auf Ortsebene läßt sich ein Fortschritt der zwischenkirchlichen Beziehungen in ganz Neuseeland feststellen, und deshalb bedeutet die Entscheidung, diesen Schritt jetzt noch nicht zu empfehlen, kein Stagnieren der ökumenischen Arbeit. Im Gegenteil — die Tendenz eines tieferen gegenseitigen Verständnisses wird deutlich, die sich in der Gründung von lokalen Ökumenischen Räten an verschiedenen Orten niederschlägt.

Eine Art Reaktion auf die Erklärung zeigte sich gegen Ende 1971, als die Bischofskonferenz auf einen Beschluß der Jahressitzung des NCC, die Mitgliedschaft in den lokalen Zweigen des NCC könne auch auf Kirchen ausgedehnt werden, die noch nicht Mitglieder des NCC sind, der Mitgliedschaft von Katholiken in lokalen Christenräten zustimmte. Die Bischöfe einigten sich auch darauf, daß einzelne römische Katholiken oder Gruppen durch einen Beitritt zum „Freundeskreis des NCC“ den NCC stärken sollten.

Dieser Wandel macht deutlich, daß die Bischöfe nicht mehr die Auffassung vertreten — wie das mit einiger Sicherheit noch 1943 der Fall war —, daß die Mitgliedschaft in einem Rat die der römisch-katholischen Kirche eigenen Rechte strittig macht oder den Anschein erweckt, sie einzuengen. Heute nun darf man wohl annehmen, daß nach Ansicht der Bischöfe die in einer Anzahl von Bereichen weiterlaufende Zusammenarbeit mit dem NCC und den lokalen Räten empfehlenswert, ja sogar notwendig ist.

Zusammenarbeit im diakonischen Bereich

Wie verstehen die leitenden Stellen der Katholischen Kirche den NCC von Neuseeland oder in anderen Ländern, wo die Katholiken mit einem Rat zusammenarbeiten oder gar selbst Mitglieder sind? Man greift mit der Behauptung nicht zu hoch: Alle, die hinsichtlich der Räte einen positiven Standpunkt vertreten, können sich darauf einigen, daß die Räte ein brauchbares Instrument

für die praktische Zusammenarbeit bei der Aufgabe der Christenheit darstellen, der menschlichen Not zu begegnen. Damit wird freilich die Frage in recht traditioneller Weise aufgegriffen. Schon 1924 unterstrich die COPEC-Konferenz in Birmingham, als sie mögliche Arbeitsfelder für Christenräte zusammenstellte, mit Sicherheit die sozialen und humanitären Anliegen, auch wenn sie die Frage der christlichen Bewußtseinsbildung mit erwähnte³. Eine ähnliche Akzentsetzung spiegelt sich in der vom British Council of Churches 1970 erstellten Übersicht über die lokalen Christenräte wider, bei der Diakonie und Nachbarschaftshilfe ohne weiteres die Liste der Aktivitäten anführen, die als die vielversprechendsten gelten⁴. In Neuseeland bleibt „Interview 69“ immer noch die größte Aktion, die gemeinsam von der Katholischen Kirche und dem NCC durchgeführt wurde⁵. Die noch eindrucksvollere Mitarbeit von Katholiken in der Karibischen Konferenz der Kirchen (bei deren Entstehungsprozeß) geht auf eine langwährende Tradition gemeinsamer sozialer Aktionen zurück.

Zwei Dinge ermöglichen das neue katholische Verhältnis zu Christenräten: Einmal die Einsicht der römisch-katholischen Kirche, daß die echten Bande, die alle Christen vereinigen, in irgendeiner Weise zum Ausdruck kommen müssen, und zum anderen die Erkenntnis, daß vom Standpunkt der römisch-katholischen Ekklesiologie andere Konfessionen zumindest als kirchliche Gemeinschaften anerkannt werden können. Zur gleichen Zeit nährt sich das Interesse, das viele römisch-katholische Diözesen und Bischofskonferenzen darauf hindrängen läßt, die Zusammenarbeit mit einem Rat zu suchen, aus der neuen Sicht der Aufgaben der Kirche für ihren Dienst an der Welt — eine Sicht, die von römischen Katholiken mit anderen Christen geteilt wird. Aber ich glaube, daß die theologische und ekklesiologische Begründung der ökumenischen Beziehungen auf katholischer Seite in vielen Fällen zu kurz kommt. Die Bischöfe versichern sich gegenseitig, daß keine Gründe *gegen* den Beitritt oder die Mitarbeit in einem Rat sprechen und daß die katholische Lehre, „dies ist die einzige Kirche Christi . . . diese Kirche . . . die in dieser Welt als Gesellschaft verfaßt und geordnet ist, hat ihre konkrete Existenzform in der Katholischen Kirche . . .“⁶, weder abgewertet noch daß mit ihr gebrochen wird. Hat man sich dessen versichert, kommt der positive Impuls aus dem Wunsch, bis zum größtmöglichen Maß mit anderen Christen zusammenzuarbeiten, um den diakonischen Dienst ohne Geldverschwendung oder unnötige doppelte Anstrengungen wirksam leisten zu können.

Wenn sich das so verhält, dann muß die Frage, ob die römisch-katholische Kirche sich in einer bestimmten Situation an dem Vorhaben eines lokalen oder nationalen Rates beteiligen, ob sie eine gemeinsame Arbeitsgruppe einsetzen oder die Mitgliedschaft beantragen soll, von pragmatischen Gesichtspunkten her

betrachtet werden. Arbeitet der Rat effektiv? Gelingt es ihm wirklich, gemeinsamen Strategien und Programmen zuzustimmen und durchzuführen, ohne Zeit zu vergeuden oder in endlosen Beratungen steckenzubleiben?

Räte sind aber mehr!

Und hier beginnt sich das Problem abzuzeichnen, daß der Wunsch eines typischen Christenrates darin besteht, zumindest theoretisch mehr zu sein und mehr zu leisten. Man kann dies am National Council der USA sehen, der in Artikel II seiner Satzung seine Aufgaben zunächst folgendermaßen beschreibt:

„Umfassender die Einheit der Kirche Christi gemäß der Heiligen Schrift darzustellen und die Bemühungen der Mitgliedskirchen zu fördern, das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen mit dem Ziel, alle Menschen zum Glauben an ihn zu führen.“

Es trifft zu, daß die Satzung unter wichtigen Aufgaben auch die Vereinigung von Dienststellen und kooperativen diakonischen Arbeiten der Kirchen sowie die Verstärkung der christlichen Diakonie- und Hilfswerke im ganzen Land und der Welt nennt. Mehr Raum aber wird gewährt, wenn es darum geht, Aufgaben wie Bibelarbeit, Projekte für die Missionsarbeit und die Erneuerung der Kirche, die Förderung der Gemeinschaft der Kirchen untereinander und die Ermöglichung eines glaubwürdigen Zeugnisses durch die Mitgliedskirchen aufzuzählen.

Ich möchte jetzt einen kurzen Blick auf einige Voraussetzungen werfen, die weiter — mindestens implizit — einen Teil des Impulses ausmachen, der eine römisch-katholische Diözese oder eine Bischofskonferenz dazu führt, die Mitgliedschaft in einem Rat zu beantragen oder mit einem Rat zusammenzuarbeiten. Dabei kommen einige Punkte zur Sprache, deren Lösungen Schwierigkeiten aufwerfen.

Ein Faktor, der römische Katholiken von einem Rat doch etwas mehr erwarten läßt, als daß er eine rein diakonische Organisation ist, könnte in der jetzt aufkommenden Bemühung liegen, die verschiedenen Funktionen der Kirche im richtigen Gleichgewicht zu halten. Die fast unwiderstehliche Vorrangigkeit der Aufgaben der Diakonie und des sozialen Dienstes, die alle Kirchen der letzten paar Jahre kennzeichnet, hat, wie schon gesagt, die römisch-katholische Kirche in die Nähe der Räte gezogen. Da man aber katholischerseits immer mehr zu der Ansicht neigt, das richtige Verhältnis herauszuarbeiten, das zwischen diesen sozialen Verantwortungsbereichen und anderen mehr theologischen und kirchlichen Aufgaben bestehen muß, erkennt man vielleicht doch eher, daß ein Rat wie auch eine Gemeinschaft von Kirchen oder kirchliche Gruppen wahrscheinlich doch mehr spezifisch theologische Aufgaben wahrneh-

men müssen, wenn solche Gremien ihren Mitgliedern in wirklich echter Weise dienen wollen.

In der schon erwähnten Übersicht des British Council of Churches gaben 97 Prozent der Räte zur Antwort, sie wären in der Durchführung der Gebetswoche für die Einheit der Christen engagiert. Daraus lassen sich zwei Schlüsse ziehen: einmal, daß das Anliegen für eine wachsende Einheit der Christen, die das Ziel jedes „spirituellen Ökumenismus“ sein muß, eine jedem Rat angemessene Aufgabe darstellt; und zum anderen, daß ein Christenrat ein Instrument ist, das die Kommunikation zwischen kirchlichen Organisationen auf internationaler Ebene ermöglichen kann. (Die gegenwärtige Abwicklung der Gebetswoche stellt ein interessantes Beispiel für die Möglichkeit dar, die weltweite Durchführung der Gebetswoche durch konziliare Strukturen zu organisieren, und zwar so, daß eine gemeinsame Haltung und das Bemühen um die Einheit gefördert und Christen im gemeinsamen Gebet enger zusammengeschlossen werden können.) Meiner Überzeugung nach kann man mit Recht sagen, daß katholische Bischöfe, die einem Christenrat beitreten, auch diesen beiden Konsequenzen zumindest im Prinzip zustimmen. Freilich kann ich die Möglichkeit nicht ausschließen, daß einige die Ansicht vertreten, die Funktion des Rates beschränke sich bei der Förderung der christlichen Einheit, wie diese in der Durchführung der Gebetswoche zum Ausdruck kommt, auf administrative und organisatorische Aufgaben.

Gemeinsamer Zeugendienst

Hier hilft ein Blick auf die Geschichte weiter. In ihren Anfängen wurden viele Räte als Instrumente angesehen, die den getrennten Kirchen ermöglichen sollten, die vom Evangelium her aufgetragene Missionsarbeit wirksamer durchzuführen. Natürlich spiegelten sie als Institutionen das in den zwanziger Jahren und nun wieder in diesem Jahrzehnt aufgebrochene Bewußtsein für soziale Fragen wider, aber der eigentliche Grund, der zu ihrem Entstehen führte, bestand in dem gesamtkirchlichen Anliegen, für Christus und seine Lehre Zeugnis abzulegen.

Wieweit könnten römische Katholiken akzeptieren, daß ein Rat ein Instrument darstellt, das diesen Zeugendienst ermöglicht, ein Mittel, mit dessen Hilfe die Mitgliedskirchen die Aufgaben der Evangelisation sachgemäß erfüllen können, ein Werkzeug, mit dem die römisch-katholische Kirche selbst wirkungsvoller die Lehre Christi weitergeben könnte, wie es ihr nach ihrem Glauben aufgetragen ist?

Wahrscheinlich muß die Antwort auf zweierlei hinweisen. Erstens: Wenn es darum geht, das Faktum zu bezeugen, daß unser Herr von seinen Jüngern wollte, eins zu sein, und zu beweisen, daß es selbst im Zustand der Trennung

— wenn auch unvollkommene — Bande der Einheit zwischen ihnen geben kann, dann glaube ich, daß dies (wiederum vielleicht nur implizit) auch auf die meisten Fälle zutrifft, wo in einem Christenrat eine römisch-katholische Mitarbeit erfolgt oder eine Zusammenarbeit besteht.

Zweitens: Hier wird m. E. ein Meinungsunterschied auftauchen, und einige werden nun die Auffassung vertreten, an diesem Punkt einen Trennungsstrich ziehen zu müssen. Wenn sie überhaupt schon soweit gekommen sind, dann ohne Zweifel deswegen, weil sie mit der neuen katholischen Ekklesiologie arbeiten, wie sie das Zweite Vatikanum formuliert hat. Ihrem Verständnis nach müßte diese Ekklesiologie aber in einer wirklich angemessenen Weise, d. h. im Licht der ganzen Tradition der römisch-katholischen Ekklesiologie (und besonders der letzten vierhundert Jahre) interpretiert werden. Deshalb haben sie Schwierigkeiten, sich mit einigen weiteren Voraussetzungen zurechtzufinden, die aus der Arbeit der Christenräte erwachsen sind.

Um auf die Frage des gemeinsamen Zeugnisses der Christen zurückzukommen — die Räte zielen darauf ab, „die Bemühungen der Mitgliedskirchen zu fördern, das Evangelium von Jesus Christus zu verkündigen mit dem Ziel, alle Menschen zum Glauben an ihn zu führen“. Die Begründung für die römisch-katholische Teilhabe an diesem gemeinsamen Zeugendienst wird im Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche ausgesprochen⁷. Sie wurde im Bericht der Gemeinsamen Arbeitsgruppe weiterentwickelt⁸. Und das gemeinsam erarbeitete Dokument über das gemeinsame Zeugnis und den Proselytismus versuchte, einige Gedanken beizusteuern, um die Theorie in die Praxis umzusetzen⁹. Nirgends erwähnte das eben genannte Dokument Räte als die Basis für ein gemeinsames Zeugnis. Aber die Mehrheit der Räte würde mit Sicherheit auf Grund ihres Selbstverständnisses dies als wesentlichen Teil ihrer Aufgabe betrachten, wie schwierig es sich auch immer erwiesen haben mag, ihn in der Praxis zu verwirklichen¹⁰. Es läßt sich nicht leugnen, daß eine Anzahl römisch-katholischer Bischöfe und Theologen Bedenken äußern könnten, einen Rat als die richtige Basis für den Versuch eines gemeinsamen Zeugendienstes anzusehen. Der Anschein könnte nämlich entstehen — um nur ein Gegenargument anzuführen —, daß in einem Rat das Zeugnis des Evangeliums nicht mehr so eindeutig zum Tragen kommt, wie das zumindest in institutioneller Hinsicht vollkommener und umfassender in der römisch-katholischen Kirche möglich ist.

Auf der Suche nach Einheit

Gleich zu Beginn stellt „Gemeinsames Zeugnis und Proselytismus“ fest: „Einheit im Zeugnis und Zeugnis in der Einheit — das ist der Wille Christi für sein Volk.“ Wenn die Bemühungen um ein gemeinsames Zeugnis einsetzen, werden die Trennungen oft auf schmerzliche Weise offenbar. So suchen Räte

die christlichen Spaltungen zu überwinden, um „schnell verfügbare Kanäle bereitzustellen, damit die Kirchen ihren klaren Auftrag, die Einheit zu suchen, erfüllen können“¹¹. Zusätzlich zur Manifestation der Einheit im praktischen Bereich sollte ein Rat auch den Anspruch erheben, ein Werkzeug für die Kirchen auf ihrer Suche nach vollkommener Einheit zu sein.

Eine Schwierigkeit für die römisch-katholische Kirche bestände hier in der Art des theologischen Dialogs, der durch einen solchen Wunsch nach Einheit erforderlich wäre. Die Verbesserung der Beziehungen mit den Anglikanern und verschiedenen anderen Kirchen führte zu einer Reihe von Dialogen auf nationaler und internationaler Ebene auf einer bilateralen Basis. Da sich diese Gespräche mit äußerst wichtigen Themen aus dem exegetischen, dogmatischen und ekklesiologischen Bereich befassen, vertreten die römisch-katholische Kirche und in vielen Fällen die anderen betroffenen Kirchen ganz eindeutig die Ansicht, daß sie weiterhin bilaterale Gespräche führen müssen — und wenn nur im Interesse der Klarheit und praktischen Durchführbarkeit. Aus diesem Grunde verhalten sich in vielen Fällen Rom und die anderen Kirchen zurückhaltend, da ihrer Ansicht nach dieser Aspekt auf der Suche nach Einheit auf der Basis eines Rates nur unbefriedigend zur Geltung kommt.

Es sollte darauf hingewiesen werden, daß man den Grenzen von bilateralen Dialogen¹² und dem positiven Beitrag, der von einem multilateralen Dialog ausgehen kann, durchaus Beachtung schenkt¹³. Aber das gegenwärtig starke Engagement der römisch-katholischen Kirche im bilateralen Dialog bleibt ein Faktor, der den umfassenderen Einsatz von multilateralen Foren für einen theologischen Dialog auf der Suche nach der Einheit erschwert.

Die ekklesiologische Frage

Man stößt auf eine kontroverse Frage, wenn die ekklesiologische Bedeutung der Christenräte zur Sprache kommt. Dieser Punkt liefert sogar den Titel für ein Arbeitspapier der Studienabteilung für Glauben und Kirchenverfassung im National Council der USA; aber im Jahre 1963 war die Distanz der Katholiken von den Christenräten immer noch groß genug, um diese Dinge nicht aufzurühren. Die neuen Beziehungen gestalten diese Frage aber zum Problem. Wo sich der Kontakt mit einem Rat schon gut genug entwickelt hat, wird bei den leitenden katholischen Stellen der Eindruck erweckt, sie seien „unter falschen Vorspiegelungen“ an einen Rat herangeführt worden, wenn diese Frage erst zu einem späteren Stadium der Beziehungen aufkommt. Und in welcher Phase der Beziehungen sie auch immer zur Sprache kommt — eine zu weitgehende Forderung nach einer theologischen und ekklesiologischen Aufwertung der Räte wird die römischen Katholiken leicht dazu führen, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Wenn die Spannung an diesem Punkt gemildert werden soll,

wenn man sich am Dialog beteiligen will und die Zusammenarbeit wirklich vorangehen soll, sind Anstrengungen von beiden Seiten nötig.

Hilfreich für die römisch-katholischen Überlegungen ist die zunehmende Bewertung der Entwicklungs- und Dienstwerke als kirchliche Funktionen. Elemente einer Theologie, die diesen Gedanken stützen könnte, finden sich in der vom Vatikanischen Konzil herausgegebenen „Pastoralen Konstitution für die Kirche in der modernen Welt“. Sie werden durch die Arbeit verschiedener Theologen und durch die von der Päpstlichen Kommission *Justitia et Pax* durchgeführten Studien noch vertieft. Wenn die Verantwortung der Kirchen für Entwicklung und Frieden als eine Sache verstanden wird, die aus dem Wesen der Kirche selbst und aus dem besonderen Sendungsauftrag, die sie von ihrem Herrn empfangen hat, erwächst, wenn ein Rat so fungiert, daß er kirchliche Gemeinschaften, andere christliche Kirchen und die römisch-katholische Kirche instand setzt, diese Aufgaben wirksamer wahrzunehmen, dann kann er zumindest als Werkzeug eines ekklesiologischen Aufgabenbereiches verstanden werden.

Und wenn es ein Rat von lokalen Kirchen und christlichen Gemeinschaften ermöglichen kann, über seine geographischen Grenzen hinauszugehen, wie wir das am Beispiel der Weltgebetswoche verdeutlicht haben — fungiert er dann in dieser Sache und bei dieser Gelegenheit nicht als Werkzeug, das der universalen Kirche dient und in gewisser Hinsicht die Katholizität fördert?

Es sollte auch gesagt werden, daß schon der Umfang der von der römisch-katholischen Kirche erhobenen ekklesiologischen Ansprüche (z. B. daß die eine Kirche Christi in ihrer organisierten Form in der Katholischen Kirche subsistiert) so aufgenommen werden könnte, daß ihr eine schwere Verantwortung für jede Ausdrucksform der kirchlichen Wirklichkeit auferlegt wird, und für alles, was dieser Wirklichkeit dient, auch wenn es unvollkommen und der Sache nicht angemessen ist. Von einem solchen Verantwortungsgefühl könnte man erwarten, daß es katholischerseits sofort den Boden für ein Engagement mit anderen Kirchen und christlichen Gemeinschaften ebnet und zu einer engen Zusammenarbeit mit Christenräten führt, die es als ihr anerkanntes Ziel betrachten, jene kirchlichen Funktionen und Eigenschaften zu entwickeln.

Deshalb müssen die Katholiken ein gutes Gespür für mögliche schädliche Auswirkungen aufweisen, die sich in bestimmten Fällen aus ihrer weiterhin aufrechterhaltenen Ablehnung einer Mitgliedschaft ergeben. Sie kann den Anschein erwecken, als ob dann in der Praxis eine solche Einheit verleugnet wird, die zwischen Katholiken und anderen Christen besteht. Es könnte gleichermaßen auch der Eindruck entstehen, als ob es einen „katholischen Ökumenismus“ gäbe, der vom Ökumenismus anderer Christen grundsätzlich verschieden sei und der getrennt von jenem weiterexistieren müsse. Sicherlich erhebt sich dabei

auch die Frage, ob hier nicht Arbeitskraft und Menschen sinnlos eingesetzt und Finanzen vergeudet werden, wenn Organisationen und Initiativen, die gut in einem Rat zusammengefaßt werden könnten, ohne wirklichen Grund doppelt betrieben werden. Und nicht immer wird die Antwort genügen, in einem bestimmten Fall sei ein Rat schwach und ohne viel Substanz, denn wenn es sich so verhält — könnte dann nicht die ökumenische Verantwortung der Katholischen Kirche darin bestehen, den Rat zu stärken und ihn durch die katholische Mitgliedschaft in einer Weise wirksam zu machen, die sich nicht mit der Anwesenheit von Beobachtern oder anderen, noch unverbindlicheren Kontakten begnügt?

Katholiken haben Grund, genau hinzuhören, wenn ihre Brüder aus anderen Kirchen das Argument vorbringen, Christenräte müßten als eindeutige und einmalige Form der Zusammenarbeit in Erwägung gezogen werden, und zwar: 1. auf Grund ihrer tatsächlichen weiten Streuung; 2. weil, wenn Christen ihre gemeinsamen Aktionen zu organisieren beginnen und ihren Beziehungen Ausdruck verleihen wollen, das immer auf eine konziliare Form hinausläuft; und 3. weil Räte von ihrer Beschaffenheit her eher als andere Formen dazu geeignet sind, den Erfordernissen der christlichen Einheit gerecht zu werden.

All das, was jetzt gesagt wird, soll in keiner Weise als Eingeständnis gewertet werden, daß sich ein Rat selbst als Kirche und Teil einer Kirche bezeichnen dürfe. Wenn Befürworter von Christenräten mit ihren Ansprüchen soweit gehen wollten, einen Rat von Kirchen in gewisser Hinsicht als konstitutives Element für die Gründung einer neuen, umfassenderen Ortsgemeinde zu verstehen, wodurch dann die lokalen Gemeinschaften in eine Größe verwandelt würden, die mehr ist als die Summe ihrer Teile, dann schiene das mit Sicherheit die Grenzen der römisch-katholischen Ekklesiologie zu sprengen. Wer solche Theorien äußert, wird mit höchster Wahrscheinlichkeit der Sache, der die Christenräte dienen sollen, einen schlechten Dienst erweisen. Eine gewisse Beschränkung ist nun einmal notwendig, wenn man die Aufgabenbereiche eines Rates abschreitet. Die protestantische Seite wird ihrerseits den Bedenken der Katholiken volles Gewicht beimessen müssen, die dann auftreten, wenn ein Christenrat als zu selbstverständliche oder einzige Form für ökumenische Beziehungen auf Ortsebene angesehen wird. Gegenwärtig sucht eine wachsende Zahl von Bischöfen und Bischofskonferenzen die Mitgliedschaft in regionalen, nationalen und lokalen Räten, und die Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen wird immer intensiver¹⁴. Die legitime Freude und Hoffnung, die ein derartiger Trend erzeugt, darf die Befürworter der konziliaren Zusammenarbeit nicht dazu veranlassen, die Bedenken einer großen Zahl von Katholiken zu übersehen oder zu minimalisieren. Sie konzentrieren sich auf eine berechnete ekklesiologische Frage. In vielen Fällen enthalten sie die tiefe Sorge um den

richtigen Weg der ökumenischen Bewegung und den Wunsch, die römisch-katholische Kirche möge für sie einen Beitrag leisten, der so lohnend wie möglich sein soll. So wird eine bedeutende Zahl Katholiken wahrscheinlich zumindest in unmittelbarer Zukunft darauf bestehen, daß Gesprächskommissionen, lokale Gruppen von SODEPAX, gemeinsame Arbeitsgruppen, Ausschüsse für verschiedene Formen gemeinsamer Aktivitäten ins Blickfeld kommen und ebenso angemessene Mittel sind, um das ökumenische Ziel zu erreichen¹⁵.

Mit Sicherheit zeichnet sich ab, daß die gemeinsame Reflexion und Diskussion weitergeführt werden müssen.

ANMERKUNGEN

¹ Bernard Law, „The Church and Future Shock“ in: *Christian Unity*, Beiheft zu *The Florida Catholic*, Band 33, Nr. 7, S. 5 f.

² Richard W. Rousseau SJ, „Council of Churches and Regional Churches or Catholicity Redivivus“, in: *The Journal of the Association of Council Secretaries* 1971, S. 7—11.

³ *Local Councils of Churches Today*, herausgegeben vom British Council of Churches, 1971, S. 2.

⁴ Freilich muß eingeräumt werden, daß der Bericht auch feststellt, die die ökumenische Bewegung betreffenden Aktivitäten zeigten sich deutlicher als in früheren Jahren.

⁵ Es handelte sich um ein Gemeindeprogramm für Studienarbeit und Diskussionen, das fünf Wochen nach Pfingsten 1969 durchgeführt wurde und darauf ausgerichtet war, „die Werte des Gemeindelebens aufrechtzuerhalten und zu verbessern“ (*NCE Newsletter*, Nr. 2, S. 2).

⁶ Dokumente des Zweiten Vatikanischen Konzils, Über die Kirche, S. 33, Trier 1965.

⁷ „... im gemeinsamen Bekenntnis des Glaubens an Gott und an Jesus Christus vor den Heiden, soweit dieses vorhanden ist“, soll man die ökumenische Bewegung fördern. „Diese Zusammenarbeit soll nicht nur zwischen Privatpersonen stattfinden, sondern nach dem Urteil des Ortsordinarius auch zwischen den Kirchen oder Kirchengemeinschaften und ihren Unternehmungen.“ 2. Vatikanisches Ökumenisches Konzil, Dekret über die Missionstätigkeit der Kirche, Münster 1967, S. 69.

⁸ „Die eigentliche Aufgabe der Kirchen besteht einfach darin, die Heilstaten Gottes zu verkündigen. Das sollte dann auch die Last ihres gemeinsamen Zeugnisses sein: Und was sie einigt, reicht aus, um sie instanzzusetzen, weithin als eine Kirche zu sprechen. Alle Formen des gemeinsamen Zeugnisses sind ja Zeichen der Verpflichtung der Kirchen, das Evangelium allen Menschen zu verkündigen. Sie alle finden in dem einen Evangelium ihre Antriebskraft, ihr Ziel und ihren Inhalt.“

⁹ *Information Service*, Nr. 14 vom April 1971/II, S. 18—23, vom Sekretariat zur Förderung der christlichen Einheit.

¹⁰ Der Bericht des British Council of Churches beschreibt einen Rat der Kirchen als „eine Gemeinschaft von Kirchen, die sich zusammengeschlossen haben . . .“, um hier und jetzt ihren Sendungsauftrag zu entdecken; und um Wege ausfindig zu machen, diesen

Sendungsauftrag wirksam und mit den entsprechenden Mitteln im getreuen Gehorsam gegenüber unserem Herrn auszuführen.“

¹¹ The Ecclesiological Significance of Councils of Churches, National Council of Churches, New York, 1963, S. 21.

¹² Peter Hocken „Bilateral oder Multilateral?“ in: One in Christ, 1970, Band VI, Nr. 4, S. 496—524.

¹³ Im Blick auf die Gemeinsame Arbeitsgruppe zwischen dem British Council of Churches und der römisch-katholischen Kirche in England, Wales und Schottland stellte Dr. Günther Gaßmann in einem vor dem Präsidium und dem Beratungsausschuß der Konferenz Europäischer Kirchen gehaltenen Vortrag „Interkonfessionelle Gespräche in Europa“ fest: „Dieser Dialog ist multilateral, da die Teilnehmer die Mitgliedskirchen des British Council of Churches und die römisch-katholische Kirche vertreten. Die Gespräche werden auf nationaler Ebene geführt . . . Die Bandbreite der diskutierten Themen ist groß und reicht von theologischen Fragen bis zur praktischen Zusammenarbeit. Auch die Ziele der Gespräche sind dementsprechend weit gefächert . . . Die Tatsache, daß hier einer ausufernden Multiplizierung des zwischenkirchlichen Dialogs, vor allem in bezug auf die römisch-katholische Kirche, begegnet wurde, macht dieses Beispiel so wertvoll. Einige Fragen betreffen alle Kirchen in gleicher Weise und müssen deshalb auf multilateraler Ebene besprochen werden. Ein zweites wichtiges Merkmal besteht darin, daß hier ein koordinierendes Forum begründet wurde, um die gesamte ökumenische Entwicklung in einem einzigen Land zu beobachten und gleichzeitig die Unmenge der Gespräche und ökumenischen Beziehungen auf Ortsebene zu koordinieren und sie in einen umgreifenden Rahmen zu stellen.“ Siehe auch Eugene M. Skibbe „Conscience Ecumenism and the Eucharist“ in: The American Ecclesiastical Review, Band 164, Nr. 6, S. 407 „ . . . der Zugang vom bilateralen Gespräch her gewährt eine ausgedehnte Studienarbeit, Verhandlungen und Beschlüsse von zwei Seiten; der mehrere Seiten umfassende multilaterale Zugang bietet die Möglichkeit für eine mehr ‚charismatische‘ Begegnung und für eine breitere Diskussion, da neuer Boden aufgepflügt und verschiedene Gesichtspunkte allgemeiner Art verschmolzen werden können. Die Kirchen müssen beide Wege beschreiten.“

¹⁴ Eine Zeitungsmeldung (aus Zealandia, Jan. 1972) berichtet von einem katholischen Priester, der als Pfarrer für eine ganze Gemeinde in Tasmanien eingeführt wurde. Der gemeinsame Einführungsgottesdienst wurde vom lokalen Christenrat gehalten. Der Priester wird die Messe für die Katholiken in der Stadt zelebrieren. Er wird aber auch Gottesdienste für Mitglieder aller Kirchen halten, und zwar mit der ausdrücklichen Genehmigung des Tasmanischen Christenrates, dem zehn christliche Konfessionen einschließlich der römisch-katholischen angehören. In der Einführung wurden die Aufgaben des Priesters aufgezählt: „Dienst in ökumenischem Umfang; Sozialarbeit unter Familien und Arbeitern; Seelsorge für alle Denominationen; Gottesdienste; Unterricht für Jugendliche; Bote, Wächter und Diener des Herrn zu sein; zu lehren und zu ermahnen; die Herde des Herrn zu weiden und zu schützen.“

¹⁵ Jérôme Hamer, „Report of the Secretary of the Secretariat for Promoting Christian Unity“, 1972 (noch unveröffentlicht).